

BFF-BIG-Fraktion - Mitteilung 09-2023

Auf Genderzeichen in der Stadtverwaltung verzichten BFF-BIG fordert Einhaltung des amtlichen Regelwerks

Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat am 14. Juli 2023 im belgischen Eupen die bestehende Regelung bekräftigt, sogenannte Genderzeichen, also den Asterisk (*), den Unterstrich () oder den Doppelpunkt (:) im Wortinnern, nicht in das amtliche Regelwerk aufzunehmen.

Die BFF-BIG-Fraktion im Römer hat diese Entscheidung des Rechtschreibrates zum Anlass genommen, den Magistrat in einer parlamentarischen Initiative dazu aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, dass auch bei der Stadt Frankfurt das amtliche Regelwerk befolgt wird. Dementsprechend soll bei der Stadtverwaltung, den städtischen Beteiligungsgesellschaften sowie in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich auf die Verwendung von Wortbinnenzeichen verzichtet werden.

„Die sogenannten Genderzeichen gehören nicht zum Kernbestand der deutschen Orthographie und entsprechen nicht dem amtlichen Regelwerk, das hat der Rat für deutsche Rechtschreibung gerade erst wieder ausdrücklich bestätigt.“, so der BFF-BIG-Fraktionsvorsitzende Mathias Pfeiffer. „Es sollte daher selbstverständlich sein, dass sich die Stadt Frankfurt als öffentliche Verwaltung an die geltende Rechtschreibung hält. Das hat unser Antrag zum Ziel.“

Auch sein Fraktionskollege Haluk Yildiz, der BFF-BIG im Fachausschuss für Personal, Sicherheit und Digitalisierung vertritt, übt Kritik daran, dass die Genderzeichen bereits in weiten Teilen der Stadt Frankfurt Einzug gehalten haben: „Einmal abgesehen davon, dass Sprache verständlich und gut lesbar sein sollte, insbesondere im Hinblick auf die Barrierefreiheit für Sehbehinderte und Nicht-Muttersprachler, darf sie auf keinen Fall dogmatisch oder erzieherisch sein.“

Die genderideologische Instrumentalisierung der deutschen Sprache sei ein undemokratischer Dominierungsversuch der Identität des überwiegenden Teils der Gesellschaft. „So ist es auch nicht verwunderlich, dass nahezu zwei Drittel der deutschen Bevölkerung eine solche Sprache ablehnen.“, stellt Yildiz fest. „Auch das sollte die Stadt Frankfurt berücksichtigen und stattdessen auf den Gebrauch von Doppelnennungen, Schrägstrichlösungen oder Ersatzformen zurückgreifen.“

Frankfurt am Main, 18. Juli 2023